

MARKTGEMEINDERAT

Vier Ladesäulen für Elektroautos geplant

Prien beantragt Zuschüsse für Stationen beim Bundesverkehrsministerium in Berlin

VON PETRA WAGNER
UND DIRK BREITFUß

Prien – Wie Benziner Tankstellen, brauchen Elektroautos Ladestationen, an denen ihre Fahrer ihren fahrbaren Untersatz mit Strom versorgen können. Es gibt diverse Initiativen, das infrastrukturelle Netz für solche umweltfreundlichen E-Autos enger zu knüpfen. Der Markt Prien bietet noch keine öffentlichen Ladesäulen an.

Im Ort gibt es nur ganz vereinzelt solche Elektrotankstellen, die aber allesamt privat betrieben werden. Das Logistik-Kompetenz-Zentrum (LKZ), das mit einigen dort ansässigen Firmen bei diversen E-Projekten aktiv ist, hat beispielsweise eine Ladestation für seine Kunden, das Yachthotel bietet seinen Gästen den Service kostenlos, anderen E-Auto-Besitzern gegen Bezahlung.

Das Bundesverkehrsministerium fördert nun im Freistaat die Schaffung von 430 solcher sogenannten Ladestationen. Der Markt Prien möchte diese Möglichkeit nutzen, um öffentliche Stromtankstellen zu schaffen.

In der jüngsten öffentlichen Sitzung des Marktge-

meinderates beschloss das Gremium nach längerer Diskussion letztlich einstimmig, in Berlin den Bedarf für vier Stationen anzumelden. Zwei sollen am Bahnhof stehen, wobei die genaue Platzierung wohl von der Umgestaltung des Areals abhängen dürfte, deren Planung aber seit über einem Jahr stockt (wir berichteten wiederholt). Je eine Station soll laut Beschluss am „kleinen“ Beilhackparkplatz (Ecke Geigelsteinstraße) und beim König Ludwig Saal entstehen.

Das Verkehrsministerium fördert den Bau laut Sabrina Stutz von der Bauverwaltung mit höchstens 40 Prozent der Kosten. Je früher Kommunen die Förderung beantragen, desto größer sei die Chance, den Zuschlag zu bekommen. Wann in Berlin darüber entschieden wird, ist im Priener Rathaus nicht bekannt.

Stutz zufolge kostet eine Station inklusive Installation und Anschluss brutto circa 5000 Euro. Jede Station hat zwei sogenannte Ladepunkte, es können also zwei Autos gleichzeitig Strom tanken. Allerdings sei die Ladeleitung für ein zweites Kfz auf etwa elf Kilowatt (kW) halbiert, wenn bereits ein Wagen mit der Maximalleistung von



Die Nachbargemeinde Bernau ist in Sachen E-Mobilität weiter als Prien. Sie hat beim Bau ihres neuen Rathauses dort auch eine Ladestation installiert und sich ein elektrisches Dienstfahrzeug zugelegt. FOTO ARCHIV BERGER

22 kW aufgeladen werde.

Weil pro Station zwei E-Autos gleichzeitig betankt werden können, sind auch je zwei Parkplätze nötig. Deshalb wurde im Gremium die Standortfrage länger diskutiert, denn einige Räte wollten nicht, dass begehrte Stell-

Prienavera-Parkplatz, kamen deshalb nicht infrage, weil Ladeparkplätze für Elektro-Pkw uneingeschränkt zugänglich sein müssen, also ohne Schranke.

Wie die Entscheidung über die Förderung sind noch andere Fragen ungeklärt, zum Beispiel die eines Bezahlungssystems für den Strom. Von den bisherigen Anbietern werden unterschiedliche Kartensysteme verwendet.

Parallel zu diesem Antrag auf Förderung ist der Markt Prien noch bei einem anderen Projekt in Sachen Elektromobilität dabei, nämlich beim „Euregio-Interreg-Projekt ‚Multi Modale Mobilitätsregion-Oberbayern-Unterinntal‘: E-Mobilität/Carsharing“: Hinter diesem Bandwurmbezug verbirgt sich ein landkreis- und sogar länderübergreifendes Gemeinschaftsvorhaben, dessen Kosten zu drei Vierteln aus einem europäischen Förderpotenzial gedeckt werden. Seit Anfang 2016 hatten etwa 40 Kommunen aus sechs deutschen und österreichischen Landkreisen ihre Absicht erklärt, mitzumachen, darunter eben auch Prien. Es geht um Elektroautos, die bei Bedarf ausgeliehen werden können, die sich also eine größere

Zahl von Nutzern teilt. Dieses Carsharing-Projekt sieht nach aktuellem Stand vor, dass der Markt Prien selbst für ein Paket aus Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit, also eine Imagekampagne, für ein geleastes Carsharing-E-Fahrzeug und für die komplette Ladeinfrastruktur mit Kosten von rund 50 000 Euro kalkulieren muss.

Darin enthalten ist der Umstand, dass sich eine Kommune mit der Teilnahme verpflichtet, nach Ende des dreijährigen Versuchszeitraums das Carsharing-Modell für mindestens zwei Jahre fortzusetzen, bei Kosten von monatlich rund 500 Euro.

Der Sammelantrag aller Kommunen, die mitmachen wollen, liegt zurzeit bei der Förderstelle, die über die Vergabe der Gelder entscheidet. Wann sie das tut, ist im Rathaus nicht bekannt.

Und weil noch nicht klar ist, ob dieses Förderprojekt im gewünschten Umfang überhaupt Wirklichkeit wird, hat sich die Kommunalpolitik auch noch nicht mit weitergehenden Fragen beschäftigt, zum Beispiel der eines Standorts für ein solches Elektroauto.